

Errichtung der Herrschaft von Natürlicher Freiheit: Allgemeingültige Rechtsprechung und ihre Gerichtshöfe

Ein Schulungshandbuch für die Gemeinde

Herausgegeben vom Internationalen Tribunal für Verbrechen durch Kirche und Staat

Was sich im Prozess des Werdens befindet, ist das erste Gericht in unserer Geschichte, dass sich vorgenommen hat, den Vatikan und die Krone Englands als Institution vor ein Gericht zu bringen.

Aber unser Gerichtshof signalisiert auch das Anbrechen einer neuen Form in der Ausübung von Gerechtigkeit: eine Form der Gerechtigkeit, die vom Volk selbst bestimmt wird, insbesondere von Denjenigen, die im Laufe der Geschichte Kirche und Staat zum Opfer gefallen sind.

Ihr Anliegen ist nicht nur die Verurteilung der Täter, sondern auch die Herbeiführung einer neuen politischen und spirituellen Einrichtung, welche imstande ist, Systeme zu überwinden, die für Verbrechen gegen die Menschheit verantwortlich sind, welche von einer Generation in die Nächste übergreifend fortwuchern.

*- entnommen aus der Gründungsurkunde des Internationalen Justizgerichtshof für
Allgemeingültige Rechtsprechung, 1. September 2012*

Einführung

Am 11. Februar 2013 wurde Geschichte geschrieben, als der erste katholische Papst in der Geschichte zu Friedenszeiten von seinem Amt zurücktrat. Er wollte einer Verhaftung wegen geleisteter Protektion und Beihilfe zur Vergewaltigung von Kindern entgehen. Die Täter waren Priester.

Knapp zwei Wochen danach wurde eben dieser Papst - Papst Benedikt, Josef Ratzinger, vom Internationalen Justizgerichtshof Allgemeingültiger Rechtsprechung für Verbrechen gegen die Menschheit für schuldig befunden - das Urteil erstreckte sich auch auf die Mittäterschaft an Menschenhandel mit Kindern.

Der Haftbefehl, den er vorausgesehen hatte und welcher seinen Rücktritt auslöste, wurde am 25. Februar 2013 gegen ihn erlassen. Derzeit flüchtet Josef Ratzinger vor dem Gesetz, da er innerhalb des Vatikans der Gerechtigkeit zu entgehen versucht. Aber er ist auch das lebende Beispiel für die Macht, die Gerichtshöfe Allgemeingültiger Rechtsprechung ausüben können, wenn sie erfolgreich sogenannte "Staatsoberhäupter" strafrechtlich verfolgen.

Der gesetzliche Urteilsspruch des Internationalen Justizgerichtshof für Allgemeingültige Rechtsprechung war ein "Schuss, der weltweit hörbar war". Die Folge war das Streben in einundzwanzig weiteren Ländern ebenfalls ähnliche Volksgerichte der Rechtsprechung zu bilden, um das Gesetz von der reichen Oberschicht und den ihnen fügsamen Regierungen zurückzufordern.

Dieses Handbuch versorgt diejenigen, die sich nach genug Worten zu Taten entschlossen haben, mit praktischen Anweisungen und Hilfen. Es ist ihre Waffe im ständigen Krieg, der von einer globalen korporativen Tyrannei gegen die Menschheit geführt wird. Das Handbuch spricht zu denjenigen, die sich nicht nur

dieser Tatsache bewusst sind, sondern die auch aktiv daran arbeiten, das mörderische System, das für diesen Krieg verantwortlich ist, bis auf die Wurzeln abzutragen, damit in ihren Gemeinden alle Gerechtigkeit zurückfordern können.

Sie sind Teil einer wachsenden Bewegung, die innerhalb einer alten Hülse eine neue, befreite Gesellschaft schaffen möchte. Diese Bewegung erlaubt, dass das Gesetz für alle wirkt und nicht nur für eine Clique von Rechtsspezialisten und deren Freunde. Jedes mutige Handeln und jede integre Haltung bewirkt, dass diese Gesellschaft immer mehr an Form gewinnt - durch uns, die wir wissen, was auf dem Spiel steht: unsere Kinder und die Zukunft der menschlichen Spezies.

Warum wir Maßnahmen ergreifen:

Selbstbefreiung durch ein Rückbesinnen auf das Wahre Gesetz

"Der Mensch ist frei geboren, doch überall ist er in Ketten".

Eine Tatsache, die über die Jahrhunderte hinweg sich kaum verändert hat. Jedoch die Ketten der Knechtschaft, welche ein Großteil unserer Spezies gefangen hält, wurden mit den Waffen der Gewalt und Unwissenheit geschmiedet - aber wir können uns befreien.

Lange bevor Fürsten über ein Volk regierten, hatten Männer und Frauen sich untereinander auf ihre eigenen Gebräuche und Gesetze geeinigt, welche ihnen Frieden und Freiheiten in einer freien selbstverwalteten Gemeinde sicherstellten. Dies taten sie aus einer innewohnenden Kenntnis des Natürlichen Gesetzes heraus. Ein Gesetz der Gleichheit - ein Göttliches Gesetz, welches besagt, dass kein Mensch das Recht hat, einen anderen Menschen zu dominieren oder ihn zu regieren, mehr von allem Existierenden zu nehmen als andere, oder auch

irgendein Teil der Welt für sich allein zu beanspruchen, da vorgesehen war, dass alle Menschen gleichberechtigt an allem teilhaben sollten.

Ein Göttliches Prinzip, das über alles Existierende waltet, besagt, dass jedes Kind, das geboren wird, mit unveräußerlichen Freiheiten ausgestattet ist, die keine Autorität. Kein Gesetz, keine Religion oder Regierung einschränken oder aberkennen kann. Jede Macht, die dies anstrebt, ist tyrannisch und gesetzeswidrig, auch wenn eigene Gesetze diese Macht schützen - denn eine solche Tyrannei kommt einer Leugnung Gottes gleich und ist als Aggression gegen die Göttlichkeit und Menschheit anzusehen.

Zwei wichtige Prinzipien fassen dieses Natürliche Gesetz kurz zusammen:

1. Alles Existierende ist ein der gesamten Menschheit gemeinsames Gut.

Allein aus der natürlichen Beschaffenheit von allem, was existiert, ergibt sich, dass kein Mensch mehr Anspruch auf die Erde hat als ein anderer. Wie ein Begründer der modernen Gesetzgebung, Thomas Hobbes, einst bemerkte:

Ich behaupte zu aller erst, dass der Mensch im natürlichen Zustand (ein Zustand, den wir korrekterweise den natürlichen Zustand nennen dürfen) das gleiche Recht auf alle Dinge hat.

Leviathan 1651

2. Das Gesetz verursacht niemanden Schaden, oder auf Latein, *Actus Regus Nemini Facit Injuriam*. Dieses Prinzip bildet die Grundlage der modernen Gesetzgebung.

John Stuart Mill erläuterte dieses Prinzip in seiner Abhandlung *On Liberty*, worin er argumentiert, dass der einzige Zweck, der ein rechtmäßiges Ausüben von Macht über irgendein Mitglied einer Gemeinde gegen seinen Willen rechtfertigt, ist die vorbeugende Maßnahme, welche verhindert, dass andere Schaden nehmen könnten. (1869)

Eine frühere gleichwertige Äußerung finden wir in der französischen *Deklaration der Bürger-und Menschenrechte* von 1789:

Freiheit besteht in dem Recht, alles tun zu dürfen, was den anderen nicht schadet; daher sind der Ausübung der natürlichen Rechte jedes Menschen keine Schranken gesetzt außer denjenigen, welche anderen Mitgliedern der Gesellschaft das Genießen des gleichen Rechts mindern würde.

Sinn und Zweck dieses Natürlichen Gesetzes ist die Gewährung von Frieden und Gleichheit unter den Menschen, und es ist eine Schutzvorrichtung, welche ein ungerechtes Regieren vorbeugt. Es erwächst aus dem Inneren des Menschen selbst, statt von außen durch Zwang auferlegt zu werden.

In alten Traditionen von Stammesgemeinden - insbesondere in der angelsächsischen Gesellschaft - entwickelte sich dieses Gesetz zu dem, was wir heute als gebräuchliches oder allgemeingültiges Gesetz, oder das Gesetz von Grund und Boden kennen. Wir finden starke Anklänge in den Gebräuchen indigener Völker über die ganze Welt verstreut sowie im Großen Gesetz des Friedens, die bei der Konföderation der Sechs Nationen höchste Achtung findet.

A. Primäre Prinzipien – Die Natürliche Freiheit und die Grundlage der Gerichtshöfe für Allgemeingültige Rechtsprechung:

1. Jede Mann, jede Frau und jedes Kind wird von Natur aus frei geboren, ist gleich und souverän und besitzt ein angeborenes Wissen, wodurch sie das Wahre und Rechtschaffene erkennen. Daher kann keiner einem Anderen oder einer externen Autorität untergeordnet werden, da die Weisheit und Freiheit, die jedem Mann oder Frau mitgegeben ist, in sich zu einer vollendeten und autarken Individualität innerhalb einer größeren Gemeinschaft von Gleichgestellten macht.

2. Diese eigenständige Souveränität ist eine Widerspiegelung des weitergefassten Natürlichen Gesetzes, das naturgemäß jedes Leben als unteilbar geschaffen hat und als gemeinsames Gut für das Überleben und Glücklich sein aller verfügbar ist. Durch dieses allen gemeinsame Gut ist der Mensch in jeder rechtschaffenen Gesellschaft mit dem unveräußerlichen Recht ausgestattet, seine eigene Form der Regierung zu bilden sowie sich gegenüber jeder Form von Tyrannei und Gewalt zur Wehr zu setzen, auch wenn dies von einer externen Autorität auferlegt wird. Jede ungerechte und willkürliche regierende Autorität, die ungeachtet der freien Einwilligung des Volkes aufgezwungen wurde, hat das Recht zu regieren eingebüßt und kann mit legalen Mitteln gestürzt werden. *"Unjust government is not government but tyranny" - Plato*

3. Aus diesem Natürlichen Gesetz erwächst das gebräuchliche Allgemeingültige Gesetz, welches die Aufgabe hat, die natürlich angeborene Freiheit und Souveränität der Männer und Frauen in der Gemeinde zu schützen, indem es für Gleichheit und Frieden in der Gemeinschaft sorgt. **Die Autorität des Allgemeingültigen Gesetzes fußt auf den Willen des Volkes selbst, das intuitiv weiß, was gerecht ist und zwischen richtig und falsch unterscheiden kann.** Diese Fähigkeit der Urteilsbildung schlägt sich in der Einrichtung eines Geschworenensystems nieder, bestehend aus zwölf freigewählten Männern und Frauen, die letztlich unter einer Allgemeingültigen Rechtsprechung und deren Gerichtshöfen als Richter und autoritätsweisende Gerichtsdienner fungieren.

4. Historisch gesehen entstand die Allgemeingültige Rechtsprechung in Europa, vor allem in England in der Zeit nach der Normannischen Eroberung als Bollwerk gegen das willkürliche Regieren der Eliten, insbesondere durch Monarchen und Päpste. Die Autorität dieser Eliten war von unnatürlicher Herkunft, etabliert durch Kriegsführung, gewaltsame Eroberung und Landraub statt in dem Göttlichen Gesetz von Gleichheit und Frieden zu wurzeln. Diese elitäre Herrschaft war am stärksten während der Zeit des Römischen Imperiums und seines Ablegers der Kirche von Rom, gemäß dessen Glaubenssätze selbst "Gott" dominierend und ein Eroberer ("domine") ist.

5. Eine derart auf Eroberung fußende elitäre Regentschaft von Päpsten und Königen gebar das Rechtssystem, das wir als Ziviles oder Römisches Recht kennen, worin der Glaube verbreitet wurde, dass Mann und Frau *nicht* mit der Fähigkeit zur Selbstregierung und Weisheit ausgestattet sind. Daher muss jedes Gesetz und jede Autorität von außen auferlegt werden - durch Statuten entworfen und zur Anwendung gebracht durch einen Herrscher, sei dies ein Papst, ein Monarch oder eine Regierung. Es ist ein System, das sich aus der Aristotelischen Philosophie entwickelte und im Römischen Besitzrecht gründet, gemäß der alles Existierende aufgeteilt ist und der Mensch in Ermangelung angeborener Freiheiten als Leibeigene und Besitz behandelt wird. Der Mensch ist daher in jeder erdenklichen Hinsicht versklavt, abgeschnitten von der Welt, die jedem frei und als allen gemeinsam gehörend zur Verfügung stand. Dieses Sklavensystem unterteilt die Menschen in Stände, kategorisiert sie und gewährt beschränkte "Freiheiten" (*freithoms* oder *slave privileges*), welche durch Statuten erlassen werden und Herrscher definieren und regeln.

6. Daher sind Allgemeingültiges Recht und Ziviles (Römisches) Recht grundsätzlich unvereinbar und schließen sich gegenseitig aus. Sie können nicht versöhnt werden, da sie auf zwei völlig verschiedene Vorstellungen des

Menschseins und Gerechtigkeit gründen: das Allgemeingültige Gesetz betrachtet das Leben als ein Geschenk - frei und in Gleichheit an alle verliehen, wohingegen für das Zivile Gesetz das Leben ein Privileg ist, das an Konditionen gebunden ist, und die Menschheit ist eine zu verwaltende Masse von Sklaven. Dementsprechend folgt die Regierung in der Praxis dem Zivilen (Statuten) Gesetz und verunglimpft oder ignoriert rundweg das Allgemeingültige Gesetz bei der Anwendung seiner Richtlinien festgesetzt durch richterlich willkürlich dominierte Gerichtshöfe.

7. Die extremste Ausformung von elitärem Zivilrecht ist das sogenannte Päpstliche Gesetz oder Kanonisches Gesetz, welche die Kirche Roms als die einzige legitime Autorität auf Erden definiert, welche alle anderen Gesetze, Völker und Regierungen untergeordnet sind. Das Kanonische Gesetz ist selbst-regierend und keinerlei Rechtfertigung verpflichtet außer sich selbst gegenüber. Ein System, in dem ein Herrscher, der den Titel "Gott und Herr" trug (*Deus et Dominus*), Himmel und Erde regiert: insbesondere der Papst.

8. Die Kirche Roms war die erste und ist die älteste Korporation auf unserem Planeten: ein legaler Rechtsträger entworfen zum Schutze von Tyrannen, welche die Eliten von jeglicher individuellen Verantwortlichkeit oder Haftbarkeit für irgendwelche Verbrechen, die sie begehen oder Eroberungen durchführen, freistellt.

9. Genau in diesem Moment korporativer Eroberung, die auf die Unterdrückung der Menschheit abzielt, beginnt eine Gegenbewegung sich zu regen, um das göttliche Prinzip und seine Durchsetzung mittels des Allgemeingültigen Gesetzes erneut ins Leben zu rufen, damit die Erde und die Menschheit zu ihrem natürlichen Dasein als eine gemeinsame Einheit zurückfinden. Diese Bewegung wird biblisch vorausgesagt, und es wird prophezeit, dass es die Zeit sei, in der alle Menschen sich in ihrer natürlich angeborenen Gleichheit wiedererkennen, frei von jeglicher

Teilung, Vorrecht und Unterdrückung, damit sie miteinander und allem Erschaffenen harmonisch zusammenleben können.

10. Diese Neufindung der Menschheit beginnt damit, dass man aktiv alle existierenden Autoritäten und Institutionen, die vom Römischen Zivilgesetz herrühren auflöst und sie mit einer neuen Regierungsform ersetzt, die der Allgemeingültigen Rechtsprechung folgt. Die Erschaffung eben dieser neuen Richtlinien basierend auf das Natürliche Gesetz für eine befreite Menschheit ist der grundlegende Zweck von Gerichtshöfen Allgemeingültiger Rechtsprechung.

Wie wird das Allgemeingültige Gesetz angewendet?

In Wahrheit benutzen die Menschen überall im täglichen Leben das Allgemeingültige Gesetz und vertrauen darauf, dass es die Arbeitswelt und das Zusammenleben zufriedenstellend regelt. Es ist schlicht und einfach der angeborene Modus, nach dem Angelegenheiten unter freien und nicht eingeschränkten Menschen gestaltet werden.

Dieses innewohnende Gesetz, das das allgemeine Wohlbefinden aufrechterhält, sind wie Wurzeln, die Gemeinden zusammenhalten, weil es uneingeschränkt das Leben, die Würde und das Wohlbefinden jedes Mitglieds der Gemeinde achtet. Diese Wurzeln sind nicht nur essenziell für die Gründung jeder gerechten Gesellschaftsordnung, sondern sind in der Konfrontation mit tyrannischen Regierungen, welche bestrebt sind, diese natürliche Freiheit zu unterwandern, unbedingt notwendig und unerlässlich.

Die geradlinige, kompromisslose Richtung, von welcher das Allgemeingültige Gesetz nie abweicht und wodurch gegenseitiger Respekt und Schutz garantiert sind, wird von der arbiträren Herrschaft als ständige Bedrohung betrachtet, da

diese den Menschen in das Korsett einer widernatürlichen von oben nach unten geschnürten Hierarchie zwängen möchte, das wir als Staat kennen. Daher versucht jede Regierung und Religion, das Allgemeingültige Gesetz zu annullieren und durch ihre eigene Autorität und Statuten zu ersetzen, denn sie wollen überall die Masse der freien Völker auf die Ebene von gleichgeschalteten, gehorsamen, steuerzahlenden und gehaltsempfangenden Sklaven reduzieren, welche einer herrschenden Klasse zu dienen hat.

Die Durchsetzung der Allgemeingültigen Gesetzesordnung, die alle Bereiche des täglichen Lebens umfasst, bedeutet die Herausforderung dieser herrschenden Klasse, die Konfrontation mit dem arbiträren Gesetz und Kampf gegen alle Regierungen, die auf einer solchen Staatsform gründen. Jedoch die Tatsache allein, dass es das Gesetz des "Wir" ist, der Wunsch der überwiegenden Menschheit, bedeutet, dass es nur von einer genügenden Zahl von uns angenommen werden muss, damit sämtliche arbiträren Autoritäten und Gefahren zu bröckeln beginnen.

Wir gebrauchen die Allgemeingültige Gesetzesordnung, indem wir einfach in allen Bereichen unseres täglichen Lebens diese Ordnung anwenden und auf sie vertrauen. Und daraus folgt, dass wir zuerst, vollfunktionierende Gerichtshöfe Allgemeingültiger Rechtsprechung einrichten müssen, die über alle Aspekte unseres Lebens in der Gemeinde absolute und endgültige Gerichtsbarkeit ausüben.

Angelegenheiten, die vor einem Gericht Allgemeingültiger Rechtsprechung behandelt werden

In der europäischen Tradition fällt das Gesetz in zwei Grundkategorien: Zivilrecht und Strafrecht. Das erstgenannte behandelt Dispute unter Individuen. Oft sind es

Fälle unerlaubter Handlungen oder Fälle von Vernachlässigung, die Schaden verursachen. Das Strafrecht behandelt Fälle von beabsichtigtem Schaden an Individuen, die jedoch im weiter gefassten Sinne Straftaten sind, die jeden belasten, da sie die gesamte Gemeinschaft in Mitleidenschaft zieht.

Da die Allgemeingültige Gesetzgebung sich als Schutzwall gegen Absolutismus und Tyrannei durch den Staat oder die Kirche herausgebildet hat, hat sie sich traditionsgemäß immer schon mit Fällen, die in die Kategorie des Strafrechts fallen, auseinandergesetzt, welche Gerichtshöfe der "Krone" oder des "Kanonischen Rechts" sich weigern zu behandeln, auch wenn wir es mit Mord, Vergewaltigung, Krieg und anderen Verbrechen gegen die Gemeinde zu tun haben. Jedoch zivile Angelegenheiten eigener Art können auch vor einem Gericht Allgemeingültiger Rechtsprechung vorgetragen werden, da ja das Gericht in der Gemeinde universale Gerichtsbarkeit ausübt.

Und in der Tat - da die Allgemeingültige Rechtsprechung im Geschworenensystem wurzelt, welches Forum wäre besser geeignet zur Beilegung ziviler Dispute zwischen Individuen als eine Anhörung vor den eigenen Nachbarn?

In unserem Falle jedoch legen wir das Hauptaugenmerk was Streitfälle betrifft, die vor ein Gerichtshof Allgemeingültiger Gesetzgebung vorgetragen werden, auf das Strafrecht und auf Fälle und Verbrechen von ernster Bedrohung, die gegen Völker und Gemeinden verübt werden.

Wie in jedem Rechtssystem obliegt es dem Kläger - derjenige, der den Fall vor Gericht bringt - die Beweislast des Streitfalls dem Gerichtshof vorzulegen. Gängige Regeln zur Beweisführung finden hier Anwendung. Zum Beispiel: Behauptungen, die gegen eine Partei vorgebracht werden, werden nicht als stichhaltig angesehen, wenn sie nicht auf beweisbare Fakten beruhen, zum Beispiel Augenzeugen bei der

mutmaßlichen Tat oder relevante Dokumentation von einer dritten unabhängigen Partei verifiziert.

Eine weitere wesentliche Vorschrift, die es bei der Beweisführung zu beachten gilt, ist die Unzulässigkeit von Beweismaterial, die auf " Hörensagen" beruht, d.h.: "Nein, ich war nicht dort, aber ich habe von dem was vorfiel *gehört*". Diese Vorschrift ist insbesondere dann von höchster Relevanz, wenn man mit Fällen wie Mord oder Vergewaltigung zu tun hat - Straftaten, die zwingend von Zeugen aus erster Hand bestätigt werden müssen.

Kurz gesagt: jede Behauptung muss durch beweisbare Fakten gestützt sein und muss von einer Person kommen, die entweder direkt an der Tat beteiligt war oder als Augenzeuge bei der Tat anwesend war.

In unserem speziellen Fall muss gesagt werden, dass bei extrem ausufernden Fällen von korporativen Verbrechen, die von einer Regierung oder einer anderen Macht in Kriegszeiten verübt wurden wie zum Beispiel Völkermord oder Menschenhandel, werden gängige Regeln der Beweisführung nicht so strikt befolgt. Schlicht und einfach deshalb nicht, weil Verbrechen verübt durch eine gesamte Gemeinde oder Regierung von anderer Natur sind als Verbrechen verübt durch einzelne Individuen.

Es gelten in solchen Fällen was Absicht und Beweisbarkeit von Fakten angeht andere Normen.

Mit den Worten des Hauptanklagevertreters von den Nürnberger Prozessen 1946, Robert Jackson:

"Kein Regime, dessen Ziel die Ausrottung von ganzen Gruppen von Menschen ist, pflegt unumstößliche Beweise aufzubewahren, die das Verbrechen stützen Vielmehr versucht es, das Beweismaterial zu verschleiern und zu verbergen...."

Beweise von Verbrechen gegen die Menschheit finden wir letztendlich nicht in Dokumenten, sondern bei den Überlebenden, die Augenzeugen waren, bei den Massengräbern, sowie *in der impliziten Absicht, diese Verbrechen durchführen zu wollen, wenn diese Absicht in der institutionalisierten Haltung, den Gesetzen und täglichen Normen des mörderischen Regimes als bewiesen angesehen werden kann*". (Hervorhebung von ITCCS)

Die *implizite Absicht* ist ein legales Konzept, das Streitfällen eigen ist, welche sich mit völkermörderischen Regimes, - Regierungen und Kirchen miteingeschlossen - auseinandersetzt, wenn ihre Weltanschauung und Gesetzgebung bestimmte Gruppen in der Bevölkerung als lebensunwürdig betrachtet oder unwürdig, die gleichen Rechte zu genießen- wie im erst vorgeführtem Fall des Internationalen Justizgerichtshof für Allgemeingültige Rechtsprechung: der Völkermord an indigene Nationen verübt durch die Kirche und den Staat in Kanada. (www.itccs.org/ICLCJ sowie unter www.iccjv.org)

Gesetze wie das Indianische Gesetz Kanadas, welches für eine bestimmte Rasse von Menschen eine andere Gesetzesregelung vorsieht oder das katholische "Kanonische Gesetz" Crimen Sollicitationas, welches die Verbergung von Vergewaltigung innerhalb der Kirche sanktioniert und ermutigt, ist ein Indiz für die klarersichtliche implizite Absicht, welche Konsens hinsichtlich der Verübung und Begünstigung krimineller Taten demonstriert.

Somit ist es nicht nötig, die *individuell gehegte Absicht*, der Kinderschändung durch Priesterhand beweisen zu müssen, da durch das Kanonische Gesetz, das nur sich selbst Rechenschaft schuldig ist, jeder Priester geradezu angehalten wird, Kindern zu schädigen und diejenigen, die dies tun, zu unterstützen, wenn er seine Position in der Kirche behalten will. Die kollektive Schuld dieser Priester als Ganzes ist implizit genauso wie im Falle aller Befürworter und Diener des Naziregimes.

Da der normale Prozess Ablauf verlangt, dass der Kläger beweisen muss, dass der Angeklagte ein Verbrechen begangen hat und dass dieses Verbrechen eine absichtlich gewollte Handlung war, kann letztere aufgrund des weitergefassten Kontextes des Verbrechens als bewiesen angesehen werden, insbesondere wenn dieses Verbrechen durch eine gesamte Organisation oder ein Regime begangen wird.

Die Wahrheit zu ermitteln ist immer mühsam, aber letzten Endes ist ein Erfolg des Prozesses am besten durch ein Geschworenengericht garantiert als durch einzelne Richter.

Die Schöffengerichte der Gerichtshöfe Allgemeingültiger Rechtsprechung bestehen nicht aus einzelnen Richtern, und sind daher unweigerlich bei weitem ein besserer Garant zum Schutze des Missbrauchs der Regelung hinsichtlich des Vortragens von Beweismaterial, und dieses Schöffengericht sichert auch eine gerechte Behandlung des Falls vor Gericht.

Es ist bekannt, dass Richter, die nur sich selbst gegenüber verantwortlich sind, korrupt sein können und für politische Manipulation empfänglich; und wenn sie durch die ebengleichen Regierungen ernannt wurden, die wegen Verbrechen angeklagt sind, so ist es offensichtlich, dass sie für die Aufgabe der Erlangung eines gerechten Urteils ungeeignet sind. Routinemäßig verzichten Richter oft auf einen gerechten Prozess und die Einhaltung der Regelung hinsichtlich des Beweismaterials, mehr noch: sie sind autorisiert so zu handeln und zu bestimmen.

Der ganze Sinn und Zweck hinter der Etablierung eines Gerichtshofs Allgemeingültiger Rechtsprechung, das von einem Geschworenengericht verwaltet wird, ist die Verhinderung jeglicher Manipulation des Gesetzes und der Gerechtigkeit durch Parteien, die sich nicht zu rechtfertigen brauchen oder die in

einem Fall ein begründetes Interesse haben. Es ist kein Zufall, dass einer der Gründungsväter der amerikanischen Republik, John Hancock, 1771 folgendes äußerte:

"Wenn wir nicht Gerichtshöfe haben, die vom Volk gebildet und aufrechterhalten werden, sondern aus bestechlichen Richtern bestehen, dann haben wir auch keine Republik..."

Gemessen am Grad der Unabhängigkeit unserer Gerichtshöfe, wird die Konstitution und die Nation sich erheben und den Absolutismus und die Tyrannei stürzen.

Etablierung und Unterhaltung von Gerichtshöfen Allgemeingültiger Rechtsprechung

Die primären Prinzipien der Allgemeingültigen Gesetzgebung schaffen die generelle Legitimität und Rechtmäßigkeit dieser Gesetzgebung. Aus dieser Rechtsgültigkeit heraus bilden sich Gerichtshöfe, die mit der Macht ausgestattet sind, das Volk als Ganzes zu beschützen, indem es jedweden Täter oder Institution, sogar die Regierung selbst strafrechtlich verfolgen und anklagen kann, wenn die Gemeinde bedroht ist.

Das Mandat zur Einrichtung derartige Gerichtshöfe leitet sich von der Souveränität des ganzen Volkes selbst her und nicht von irgendwelchen speziellen politischen Systemen oder Regierungen. Daher üben Gerichtshöfe Allgemeingültiger Rechtsprechung eine universale Gerichtsbarkeit aus und sind nicht durch gewöhnliche Grenzen und Gesetze beschränkt. Die Kompetenz ihrer Rechtsprechung erlaubt dem Gerichtshof, über jeden Vorfall oder Klage zu richten.

Gerichtshöfe Allgemeingültiger Rechtsprechung sind keinem anderen Gesetz oder

Moralkodex, Immunität oder Privilegien unterstellt, die Staats- und Kirchenoberhäupter für sich beanspruchen, und sie erkennen diese nicht an.

Aufgrund ihres Verwurzelts seins im Natürlichen Gesetz genießen Gerichtshöfe Allgemeingültiger Rechtsprechung universale Gerichtsbarkeit und können demzufolge in jedem Land und jeder Gemeinde eingeführt werden und nicht nur ausschließlich in Nationen, die von ihrer Tradition her diese Form von spezifischer allgemeingültiger Legalität kennen wie z.B.: England, Kanada und Amerika.

Gerichtshöfe Allgemeingültiger Rechtsprechung entstehen, wenn eine Anzahl von Männern und Frauen sich versammeln, um über eine Angelegenheit, die sie und ihre Gemeinde betrifft, zu urteilen. Daher sind solche Gerichtshöfe unweigerlich Tribunale des Gewissens, welche die Bürger einigt und ihnen eine direkte Stimme in Angelegenheiten gibt, dies betreffen die Orte, wo sie Anhörung erhoffen können. Ein solcher Gerichtshof ist daher diese Stimme in legalisierter Form.

Das Gericht selbst gründet sich auf den Willen und die Wahl des ganzen Volkes, das dafür stimmte und das ebenfalls ein Geschworenengericht bestehend aus mindestens 12 Bürgern wählt, einen bürgerlichen Strafverfolger, der dem Ankläger bei seinem Fall hilft, einen Schiedsrichter, der den Vorsitz führt und dessen Funktion ausschließlich beratend ist, sowie einen Sheriff und eine Gruppe von Friedensbeamten, welche die Vorladungen, Haftbefehle und Urteile des Gerichts vollstrecken.

Alle Beteiligten im Gerichtssaal müssen ihren eigenen Fall selbst vortragen durch alle Gerichtsinstanzen, da zu erlauben, dass ein anderer sie vertritt, eine Aufgabe ihres Natürlichen Rechts und ihrer Souveränität bedeuten würde. Dies gilt bei jedem Fall, der vor Gericht behandelt wird, sowohl für den Ankläger als auch für den Verteidiger.

Entsprechend findet man bei Gerichtshöfen Allgemeingültiger Rechtsprechung weder professionell beschäftigte Rechtsanwälte noch Richter, die einen ständigen Vorsitz führen.

Die Macht eines Gerichtshofes Allgemeingültiger Rechtsprechung unterliegt keinerlei Restriktionen hinsichtlich einer Vorladung irgendeines Beschuldigten oder des Zugangs zu Orten oder Objekten von Relevanz. Es existiert hinsichtlich einer Fristsetzung oder Rechtsmäßigkeit des Gerichts ebenfalls keinerlei Beschränkung. Der Strafverfolger in seiner Funktion kann öffentliche Vorladungen erlassen, die für jeden Mann oder Frau oder Institution bindend ist und durch den Sheriff am Gericht vollstreckt werden, der das uneingeschränkte Recht besitzt, die in der Vorladung namentlich Genannte/n zu verhaften und vor Gericht zu bringen.

Das endgültige Urteil das durch das Geschworenengericht des Gerichtshofs gefällt wird, ist unwiderruflich. Ein Berufungsverfahren ist nicht möglich. Der Grund hierfür ist, dass eine vernünftige und unbeeinflusste Gruppe von Bürgern in der Lage ist, die Wahrheit jedes erdenklichen Falls zu ermitteln allein durch Sichten des zur Verfügung stehenden Beweismaterials, da sie ja mit dem angeborenen Unterscheidungsvermögen ausgestattet sind, Recht und Unrecht zu erkennen. Die Wahrheit ist nicht variabel. Der Angeklagte ist entweder schuldig oder unschuldig; die Wahrheit kann nicht revidiert oder einer erneuten Erwägung unterzogen werden, weil sie ja andernfalls nicht wahr wäre.

Das Gerichtsurteil ist ebenfalls unwiderruflich und wird nicht nur vom Sheriff am Gericht vollstreckt, sondern von allen Gemeindemitgliedern, denn das Allgemeingültige Gesetz wird durch die Bürger ins Leben gerufen und jeder einzelne Bürger ist direkt für die Konsequenzen dieses Gesetzes verantwortlich sowie alle daraus sich ergebenden Verfahren. Der Urteilsspruch ist eigentlich eine

Deklaration der Gemeindemitglieder, die durch den Urteilsspruch kundtun, dass sie selbst aus eigenem Willen heraus regieren.

Es existiert keinerlei Machtbeschränkung für das Geschworenengericht bei dem Verhängen eines Urteils sei dies eine Mann oder Frau, eine Gruppe oder eine Institution. Der Schiedsrichter hat keinerlei Macht, wodurch es ihm möglich wäre, das Urteil oder die Strafe zu ändern, zu beeinflussen oder in irgendeine Richtung zu lenken - seine Funktion für das Geschworenengericht ist hinsichtlich der Verfahrensmodi und Auswirkungen der Gesetze von rein beratender Natur.

Mit der Verkündung des Urteils und der Strafzumessung ist die Aufgabe des Geschworenengerichts automatisch abgeschlossen und die Mitglieder sind von ihrer Pflicht befreit. Kein Gerichtsverfahren wird fortgeführt ohne die Verantwortungsbewusste Einwilligung und Beteiligung der Gemeindemitglieder selbst. Es sei noch einmal betont:

bei Gerichtshöfen Allgemeingültiger Rechtsprechung existiert weder eine professionelle Kaste von Anwälten noch Richtern, sondern gewählte und zeitlich begrenzt beschäftigte Gerichtsbeamten.

Gesetzliches Verfahren und Gerichtsprotokoll

Da die Allgemeingültige Rechtsprechung in Natürliche Gerechtigkeit gründet, zentrieren sich alle legalen Verfahren auf ein *Ordnungsgemäßes Verfahren*: das dreigestaffelte Recht, das jeder Bürger genießt - über die gegen ihn vorbrachte Klage in Kenntnis gesetzt worden zu sein, Einsicht in das Beweismaterial des Falles, vor Gleichgestellten vor Gericht gebracht und verurteilt zu werden.

Ohne Zugeständnis dieser Rechte kann kein Fall als legitim vor Gericht behandelt werden, noch ist ein Gerichtsurteil gültig. Dem Angeklagten muss das Recht zugestanden werden, sich frei vor Gericht zu verteidigen. Diese Rechte basieren auf die fundamentalen Glaubenssätze enthalten im Allgemeingültigen Gesetz:

1. Es wird angenommen, dass der Angeklagte unschuldig ist und nicht schuldig.

2. Die Präsentierung der Beweislast zur Überführung des Angeklagten obliegt nicht dem Verteidiger sondern dem Kläger, der das Geschworenengericht über jeden Zweifel erhaben von der Schuld des Angeklagten überzeugen muss.

3. Der Angeklagte kann nicht ohne ordnungsgemäßes Verfahren festgehalten werden, muss aber möglichst rasch vor Gericht erscheinen dem Prinzip *Habeus Corpus* folgend (Latein für "produce the body" / im Körper vorzuführen). Während des Disputs wird beiden Parteien die gleiche Zeit zur Verfügung gestellt, um ihre Erklärungen und Beweise einzureichen, an das Gericht Anträge zu stellen, und auf Argumente zu antworten. Jedoch zur Vermeidung eines Ärgernis erregenden Vortrags mit dem Ziel, der gegnerischen Partei zuzusetzen oder den Prozess zu unterbrechen - unter Umständen kann das Verfahren endlos ausgedehnt werden,- Gerechtigkeit zu verhindern und ein ordnungsgemäßes Verfahren abgleiten zu lassen - setzt das Gericht normalerweise für Verfahren in der Vorverhandlung ein striktes Zeitlimit fest, nach dessen Ablauf die eigentliche Verhandlung beginnen muss. Der Zweck der Vorverhandlung ist das Anbieten einer Gelegenheit für beide Seiten, sich gegenseitig Beweismaterial vorzulegen und Argumente zu liefern, damit ein Einverständnis zustande kommen mag, ohne dass eine Gerichtsverhandlung notwendig wird. Dieses Erscheinen vor Gericht nennt man gewöhnlich Untersuchungsausschuss oder Voir Dire (französisch für "hören und sagen"), wobei beide Seiten die Offenlegung jedwedes relevanten Beweisstückes oder Dokuments vom anderen fordern kann. Sollte der Untersuchungsausschuss

zu keiner Einigung führen, dann wird das Gericht einberufen und das Verfahren beginnt. Allgemeine Vorgehensweisen und Protokolle, die beim Verlauf eines Allgemeingültigen Gerichtshofs Verfahren befolgt werden müssen, werden im Folgenden kurz skizziert. Es ist zwingend, dass dieses Protokoll von jedem Bürger befolgt wird, der einen anderen Bürger anklagt und vor Gericht bringen will:

Schritt eins – Fallzusammenstellung

Ein Anspruchsantrag muss von der Klägersseite her bei der Forderung um eine Fallbehandlung vorgelegt werden. Im Antrag werden die zugrundeliegenden Fakten als einzelne Punkte, die Gegenstand des Disputs bilden, aufgelistet - das behauptete Vergehen und die Kompensation oder Wiedergutmachung werden ebenfalls genannt.

Der Antrag des Klägers muss durch Beweise gestützt sein: Dokumente und Zeugenaussagen, welche die Anklagepunkte über alle Zweifel erhaben beweisen. Der Antrag muss notariell bestätigt sein und die Richtigkeit der Beweise ordnungsgemäß von unparteiischen Dritten durch Eid bestätigt sein. Nur bestätigte Originale werden akzeptiert, Fotokopierte Dokumente werden nicht anerkannt. Außerdem muss jeder in dem Anspruchsantrag genannte Zeuge bereit sein, vor Gericht zu erscheinen, um die eigenen Aussagen zu bezeugen und zu bestätigen.

Schritt zwei - das Ersuchen um Wiedergutmachung durch ein Gericht

Allgemeingültiger Rechtsprechung - die Beantragung eines Rechtsanspruchs

Nach der Fallzusammenstellung muss der Kläger um die Hilfe von Gerichtsbeamten ersuchen oder um die Hilfe des Gerichtshofs Allgemeingültiger Rechtsprechung selbst. Ein solches Gericht kann durch die Veröffentlichung einer Bekanntmachung des Anspruchs zustande kommen (*siehe Anhang B*

"Gerichtsdokumente), welche eine öffentliche Deklaration ist, die die Hilfe der Gemeinde bei den Behauptungen im Antrag erbittet, um eine Anhörung vor einem Gericht Allgemeingültiger Rechtsprechung gemäß Natürlichem Gesetz zu erwirken mittels eines Geschworenengerichts, deren Mitglieder die Nachbarn oder Ranggleiche sind. Diese Bekanntmachung kann in Lokalzeitungen abgedruckt werden oder einfach notariell bestätigt sein und an einem öffentlichen Ort ausgehängt werden wie z.B.: das Rathaus oder in einer Gemeindebibliothek.

Schritt drei - Bildung eines Gerichtshofes Allgemeingültiger Rechtsprechung

Innerhalb 24 Stunden nach Veröffentlichung der Bekanntmachung auf einen Rechtsanspruch können 12 beliebige Mitglieder einer Gemeinde sich zusammenfinden, um das Gericht und ein Geschworenengericht zu bilden. Sie müssen danach innerhalb der eigenen Reihen weitere Gerichtsbeamte ernennen:

- einen *Schiedsrichter*, der beratende Funktion hat und über das Gericht den Vorsitz führt
- einen *öffentlichen* oder *bürgerlichen Strafverfolger*, der den Fall vorträgt. Dieser Vortragende ist normalerweise der Kläger selbst oder jemand, der autorisiert ist zu beraten, aber den Kläger vor Gericht nicht vertritt.

- einen *Rat der Verteidigung*, der den Angeklagten berät, aber nicht repräsentiert
- eines *Gerichtssheriff*, entweder von der Gemeinde gewählt oder von gewählten Friedensbeamten zu dieser Funktion ernannt

- *Gerichtsvollzieher, Kanzleramt und Gerichtsberichterstatter*

Es ist anzunehmen, dass Männer und Frauen, die sich mit der Allgemeingültigen Gesetzgebung und deren Verfahren auskennen, sich für diese Aufgaben melden werden.

Schritt vier - Vereidigung und Einberufung des Geschworenengerichts und Gerichtsbeamten: Amtseide

Nach Ernennung der Gerichtsbeamten wird der Schiedsrichter formell das Gericht einberufen, indem er den folgenden Eid abnimmt:

Ich (Namen) werde treu meiner Verpflichtung als Beamter dieses Gerichtshofs Allgemeingültiger Rechtsprechung nachkommen, indem ich die Prinzipien Natürlicher Gerechtigkeit und die Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens achte. Ich werde stets mit Integrität, Ehrlichkeit und der Rechtmäßigkeit gebührend handeln. Ich bin mir bewusst - sollte ich bei der Ausübung dieses Amtes scheitern und dem Eid nicht stets genügtun, so werde ich dieses Amtes enthoben. Ich spreche diesen Eid aus freiem Willen heraus, ohne Nötigung oder verborgene Motive zu hegen und ohne jegliche geistigen Vorbehalte.

Die Geschworenen, Gerichtsräte, Sheriffs und Berichterstatter werden sich dann versammeln, um vom Schiedsrichter hinsichtlich des zu behandelnden Falles Anweisungen zu erhalten. Der Schiedsrichter ist weder ein Richter, der den Vorsitz führt, noch ein Kanzler, sondern ein Berater am Gericht und hat keinerlei Macht, um auf Handlungen und Entscheidungen durch die Geschworenen oder Gerichtsbeamten Einfluss zu nehmen, die Richtung des Falls zu lenken oder den Fortgang der Verhandlung zu unterbrechen. Somit ist das Gericht selbstregulierend und vom gegenseitigen Respekt und Gouvernance seitens aller Gerichtsbeamten und der Geschworenen abhängig.

Schritt fünf - Konferenz der Vorverhandlung

Der Friedensrichter arrangiert eine Zusammenkunft der streitenden Parteien, um in einer Vorverhandlung eine Beilegung des Konflikts vor einer

Gerichtsverhandlung herbeizuführen. Wird keine Einigung erreicht, so sind beide Parteien verpflichtet, einem Untersuchungsausschuss zuzustimmen, worin das Beweismaterial sowie Gegenbeweise und Äußerungen von beiden Seiten vorgeführt werden. Nachdem ein Zeitraum von nicht weniger als einer Woche verstrichen ist, ist die Vorverhandlung abgeschlossen und die Gerichtsverhandlung beginnt.

Schritt sechs - das Ausstellen von öffentlichen Vorladungen

Keine Mann oder Frau oder Firma kann rechtlich zum Erscheinen vor ein Gericht Allgemeingültiger Rechtsprechung vorgeladen werden, ohne im Vorhinein eine vollständige Auflistung der vorgebrachten Anklagepunkte erhalten zu haben sowie eine formelle Aufforderung vor Gericht zu erscheinen - auch Verfügung zum öffentlichen Erscheinen genannt. Die Vorladung enthält den exakten Termin, Zeit, Datum und Adresse, Ort der Verhandlung und nennt den Verhandlungsgegenstand.

Durch das Kanzleramt am Gericht beantragt der Kläger die öffentliche Vorladung, welche versehen mit der Unterschrift des Schiedsrichters ausgestellt wird. Sie wird daraufhin durch den Gerichtssheriff binnen 24 Stunden nach Aktenaufbewahrung in der Kanzlei dem Angeklagten zugestellt.

Der Gerichtssheriff muss dem Angeklagten die Vorladung direkt überreichen oder die Vorladung an einem öffentlichen Ort aushängen und die Zustellung aufzeichnen, sollte der Ankläger die Aushändigung der Vorladung zu umgehen versuchen.

Schritt sieben - die Verhandlung beginnt: einführende Argumente

Nach einführenden Worten vom Schiedsrichter beginnt die Verhandlung - zuerst trägt der Kläger oder Strafverfolger seine einführenden Argumente vor, danach wird der Angeklagte angehört. Der Schiedsrichter sowie beide Gerichtsräte - wenn aufgefordert - erhalten dann die Gelegenheit, zwecks Klärung des Sachverhalts an beide Parteien Fragen zu stellen und an das Gericht Anträge zu stellen, sollte zu Tage treten, dass die Behandlung des Falls beschleunigt werden kann.

Anmerkung: Schritt sieben kann auch dann zum Tragen kommen, selbst wenn einer der beiden Parteien - im Normalfall der Angeklagte - nicht anwesend ist und ein Erscheinen vor Gericht verweigert. Eine solche Verhandlung, die "in absentia" durchgeführt wird, bleibt ein legales und legitimes Verfahren, da dem Angeklagten jede Möglichkeit angeboten wurde, auf die gegen ihn erhobenen Vergehen und Beweise zu antworten. Bei einem *in absentia* Verfahren wird der Kläger zuerst mit einführenden Argumenten beginnen. Danach folgt die Hauptverhandlung. Der vom Gericht ernannte Rat von Verteidigern erhält danach die Gelegenheit, zu Gunsten des abwesenden Angeklagten ebenfalls Argumente vorzutragen, wenn dies der Wunsch des Letzteren ist.

Es kommt oft vor, dass der Schiedsrichter bei einem Nichterscheinen oder ausbleibende Erwidern des Angeklagten, dem Geschworenengericht rät, ein Urteil zu Gunsten des Klägers zu fällen mit der Begründung, dass der Angeklagte, da er die gegen ihn erhobenen Vorwürfe und Beweise nicht in Frage stellt, schweigend seine Schuld bekennt und es somit unterlässt, seinen guten Namen öffentlich zu verteidigen.

Schritt acht - die Hauptverfahren

Für den Fall, dass das Verfahren nicht in absentia durchgeführt wird, und der Angeklagte anwesend ist, so hebt das Hauptverfahren mit der Präsentation von

Einzelheiten seitens des Klägers an, der seine Argumente und Beweise gegen den Angeklagten vorträgt, der danach erwidern kann. Es ist möglich, dass der Strafverfolger den Kläger hierbei unterstützt.

Nach seinem Vortrag muss sich der Kläger einem Kreuzverhör durch den Angeklagten oder den Rat von Verteidigern unterziehen. Nach dem Kreuzverhör präsentiert der Angeklagte seine Sichtweise mit oder ohne seines zur Seite stehenden Beraters, und es folgt daraufhin sein Kreuzverhör durch den Kläger oder Strafverfolger.

Schritt neun - abschließende Zusammenfassungen und Argumente an die Geschworenen gerichtet sowie letzter Ratschlag seitens des Schiedsrichters

Nach Abschluss der Hauptverhandlung hat der Schiedsrichter die Gelegenheit, beide Parteien weiterhin zu befragen, um bei der Urteilsfindung durch die Geschworenen letzte beratende Unterstützung zu geben. Der Kläger und danach der Angeklagte haben das Recht, dem Gericht ihre abschließende Zusammenfassung und Argumente vorzutragen. Der Schiedsrichter schließt die Sitzung mit einem letzten Kommentar, den er an die Geschworenen richtet.

Schritt zehn - das Geschworenengericht zieht sich zur Beratung zurück

Die Verhandlung tritt in eine Pause ein, während die zwölf bürgerlichen Geschworenenmitglieder sich zurückziehen, um sich auf ein Urteil und ein Strafmaß zu einigen, wobei sie alles Beweismaterial auswerten und zu Rate ziehen. Für ihre Erwägungen wird keine Zeitbeschränkung auferlegt und während dieser Zeit ist es ihnen nicht erlaubt, mit irgendjemand zu sprechen außer mit dem Gerichtsvollzieher, der als ihre Wache und Eskorte fungiert. Urteil und Strafmaß, auf welche sich die Geschworenen einigen, muss einvernehmlich, unmanipuliert und einhellig zustande kommen.

Schritt elf - die Geschworenen verkünden ihr einhelliges Urteil und die Strafzumessung

Das Gericht wird erneut einberufen, nachdem die Geschworenen zu einem einhelligen Urteil gelangt sind. Sollten die Geschworenen nicht in völliger Einstimmigkeit zu einem Urteil gelangt sein, wird der Angeklagte automatisch unschuldig erklärt. Der Sprecher der Geschworenen - von den anderen durch Wahl zu dieser Funktion erwählt – verkündet dem Gericht das Urteil und sich stützend auf das Urteil wird von den Geschworenen ebenfalls das endgültige Strafmaß verkündet.

Schritt zwölf - das Gericht ist beendet und das Urteil wird vollstreckt

Nach der Urteils- und Strafmaßverkündung wird der Angeklagte entweder vom Schiedsrichter in Freiheit entlassen oder er bekräftigt die Entscheidung der Geschworenen und weist den Sheriff an, das Urteil zu vollstrecken. Daraufhin entlässt der Schiedsrichter die Geschworenen und beendet formell das Gerichtsverfahren. Das Verfahren ist damit abgeschlossen. Die gesamten Aufzeichnungen des Gerichtsverfahrens sind ein öffentliches Dokument und jedem zugänglich, und kann in keinerlei Weise vom Schiedsrichter oder irgendjemand Anderen jemandem vorenthalten werden, verändert oder kompromittiert werden.

Eine Anmerkung zur Vollstreckung des Allgemeingültigen Gesetzes:

Es versteht sich von selbst, dass jeder taugliche Bürger verpflichtet und durch das Natürliche Gesetz ermächtigt ist, dem Gerichtssheriff sowie seine Stellvertreter bei der Vollstreckung des Urteils zu unterstützen. Sie tun dies dadurch, dass sie Sorge für die Gefängniseinlieferung tragen, Komplizen beobachten, und die Öffentlichkeit unterstützen das Vermögen und den Besitz des Verurteilten sowie von möglichen

Komplizen zu beschlagnahmen, wenn das Urteil dies vorsieht. Eine solche kollektive Vollstreckungs- Maßnahme ist aus Gründen der öffentlichen Sicherheit notwendig, insbesondere wenn es sich bei der schuldigen Partei um eine Institution als Ganzes handelt oder um Leitungspersönlichkeiten dieser Institution.

Eine Anmerkung zur Berufung von Entscheidungen eines Gerichtshofs Allgemeingültiger Rechtsprechung:

Gemäß den Lehrsätzen vom Natürlichen Recht, wonach jedes Individuum mit der innewohnenden Verstandeskraft ausgestattet ist, was richtig und falsch ist, zu unterscheiden sowie Gerechtigkeit zu verstehen, ist es selbstverständlich, dass ein Geschworenengericht bestehend aus zwölf Männern und Frauen, wenn mit ausreichendem Beweismaterial und Fakten versorgt, immer zu einem gerechten und angemessenen Urteil gelangen wird. Die Wahrheit, auf die sich dieses Urteil gründet, muss felsenfest sein und kann nicht Neubewertet oder diskutiert werden, es sei denn es ist eine grobe Nachlässigkeit in der Pflicht vorgefallen oder bestimmte Schlüsselbeweise wurden nicht gebührend berücksichtigt. Daher sind Urteile, die ein Gerichtshof Allgemeingültiger Rechtsprechung fällt, weder revidierbar noch ist ein Berufungsverfahren möglich, da die Wahrheit weder variabel noch reformierbar ist.

Diese Unumstößlichkeit des Urteils ist eine Forderung festgehalten in den Leitsätzen der Allgemeingültigen Rechtsprechung und ein Prinzip des *Stare Decisis*, was bedeutet "die Entscheidung steht", wobei Präzedenzentscheidungen vorhergehender Gerichtsurteile bindende Autorität haben. Ohne *Stare Decisis* fällt das Gesetz den Launen und der politischen Beeinflussung von Staatsoberhäuptern und Despoten zum Opfer.

In den Worten von Black's Wörterbuch des Gesetzes:

Der Leitsatz von *Stare Decisis* besagt, dass gerichtliche Urteile bindend sind und nicht revidierbar. "Die Entscheidung steht". Das bedeutet, wenn das Gericht einmal die Beurteilung eines Falles abgeschlossen hat, so kann dieses Urteil nicht revidiert werden.

Dies ist de facto die Grundlage der Legalität, auf der sich das Gerüst des Allgemeingültigen Gesetzes stützt und macht einen der großen Unterschiede zwischen Allgemeingültigem Gesetz und Zivilem Gesetz aus.

Urteilssprüche, Vollstreckung und die Überführung von Staatsoberhäuptern und Institutionen:

"Das Gesetz in die eigenen Hände zu nehmen" - so wurde uns beigebracht - ist eine Kardinalssünde. Aber in Wirklichkeit, wenn Bürger legale Angelegenheiten untereinander beilegen, so ist dies eine im höchsten Grade zivile Tugend und gemäß dem Gesetzesschreiber Solon von Athen ein Grundpfeiler wahrer Demokratie.

Der Kern der Verantwortung in Bezug auf das Gesetz liegt bei der Fähigkeit der Bürger als vereidigte Geschworene, einen Fall selbst beurteilen zu können und Urteil und Strafmaß festzusetzen. Das Geschworenensystem war schon immer der reinste Ausdruck des Allgemeingültigen Gesetzes, denn es besitzt die Fähigkeit, ein Volk dazu zu ermächtigen, dass sie selbst traditionelle Werte verteidigen und somit die Wahrheit in einem Fall ermitteln können.

Um zu einem gerechten und angemessenen Urteil zu gelangen, reicht es aus, mit allen Fakten und allem Beweismaterial vertraut zu sein, alles nüchtern zu erwägen ohne Drohung, Beeinflussung oder Nötigung. Je mehr Menschen sich versammeln, um die Wahrheit eines Falles zu ermitteln, desto größer ist die

Chance zu einem gerechten und angemessenen Urteil zu gelangen. Individuelle Voreingenommenheit und Vorurteile, die immer in einem Geschworenengericht existieren und nicht zu leugnen sind, werden im Prozess der Diskussion und des Abwägens geglättet und beugen sich einer breiten kollektiven Wahrheitssuche als Resultat einer natürlich innewohnenden Rationalität und Gerechtigkeitsinns, das jedem Geschworenenmitglied angeboren ist.

Die Frage hier ist natürlich nicht, ob eine Gemeinde in der Lage ist, zu einem gerechten und angemessenen Gerichtsurteil zu gelangen, sondern eher wie kann ihre Entscheidung vollstreckt und zu Gunsten der Gemeinde wirksam werden.

Ein Gerichtsurteil ist ja letztlich eine bindende Anordnung, worin die ganze Kraft des Gesetzes zum Tragen kommt, und wer immer dieses Urteil ignoriert oder unterwandert und damit auch die Anordnungen des Gerichts, die davon herrühren, macht sich eines strafrechtlich verfolgbaren Verbrechens schuldig.

Im Anhang zu diesem Handbuch finden Sie alle Dokumente, die für den ersten ICLCJ Fall des Völkermordes in Kanada relevant waren noch einmal abgedruckt. Die Verfügung des Gerichts sowie der Haftbefehl datiert am 05. März 2013 können durch jeden vereidigten ICLCJ-Vertreter oder sonstigen Mann oder Frau von einem ICLCJ-Vertreter dazu ernannt zur Anwendung gebracht werden. Kurz gesagt, Jeder kann bei der Verhaftung von Ratzinger, Bertone sowie den weiteren 28 Beamten von Kirche und Staat, die vom ICLCJ für schuldig, wegen Verbrechen gegen die Menschheit befunden worden sind, Hilfestellung anbieten.

Eine solche Vollstreckung des Gesetzes durch die Bürger selbst wird in den meisten Ländern generell als rechtens anerkannt aufgrund des Präzedenzfalls allgemein bekannt. Das Anliegen eines Gerichtshofs Allgemeingültiger Rechtsprechung ist nicht das Einsperren oder Zurschaustellung von Individuen,

sondern jegliche Bedrohung gegenüber Hilflosen und der Gemeinde auszuschalten: derlei Bedrohungen zu *neutralisieren*, so dass sie nicht erneut zu einer Gefahr werden können - primär durch die Auflösung der institutionalisierten Quelle von der sie herrühren. Und in der Hauptsache erreichen wir dies durch das moralische Gewicht unseres Beweismaterials und der Urteile zusammen mit dem geeinten Willen vieler Menschen, die helfen, diese Urteile zu vollstrecken.

Sheriffs und Friedensbeamten am Gericht

In der englischsprachigen Welt ist die Tradition von Sheriffs am Gericht eine sehr alte Tradition. Männer oder Frauen von der Gemeinde dazu ernannt, nehmen diejenigen fest, die anderen Schaden zufügen könnten. Sie werden in die Städte gebracht oder zur Vernehmung vor "shire"-Gerichten (Bezirks- oder Grafschaftsgerichten), und sie Vollstrecken dann das Gerichtsurteil. In den Vereinigten Staaten existiert dieses Gesetz noch und nimmt sichtbare Form an durch lokal gewählte Sheriffs, denen man eine beträchtliche Macht innerhalb der Gemeinden zugestanden hat.

Die Rolle des Sheriffs an einem Gerichtshof Allgemeingültiger Rechtsprechung ist vierfach:

das Gericht zu schützen, Vorladungen und Anordnungen zum Erscheinen zu überbringen, diejenigen, die vorgeladen wurden und danach trachten, dem Gerichtsprozess zu entkommen, zu verhaften und in körperlich vor Gericht zu bringen, und schließlich die Vollstreckung des Gerichtsurteils - dies erstreckt sich auch auf die Einsperrung und Überwachung des Schuldigen.

Der Sheriff übernimmt diese Aufgaben nicht allein, sondern hat Hilfssheriffs und zu Vertretern ernannte Bürger, die ihm beistehen. Eine "Posse" ist ein Begriff, der auf

eine wichtige traditionelle Sitte hinweist, bei der alle tauglichen Männer und Frauen in der Gemeinde mobilisiert werden, um jeden, der ein Verbrechen begangen hat, dingfest zu machen.

Das Wort "posse" kommt von dem lateinischen Begriff *pro toto posse suo* und bedeutet "alles in seiner Macht stehende zu tun". Der Sheriff am Gericht ist daher ein Diener des Volkes, ein zu dieser Funktion erkorenes Gemeindemitglied, der der Gemeinde Rechenschaft schuldig und durch die Gemeinde abrufbar ist. Er repräsentiert keinen von außen auferlegten Einfluss.

Ein Aspekt seiner Machtbefugnisse ist, dass er jeden zum Hilfssheriff ernennen kann - *auch Polizeibeamte, deren Fälle vor einem Gericht Allgemeingültiger Rechtsprechung verhandelt werden oder die namentlich zum Erscheinen vor Gericht geladen sind.*

Dies räumt einem Gerichtshof Allgemeingültiger Rechtsprechung in den frühen Stadien seiner Entwicklung besonderen Handlungsraum ein und ist ein taktisches Vorgehen zugleich, da es genau die Stärke des Systems zu eigenen Zwecken benutzen kann.

Zum Beispiel: gesetzt den Fall, dass eine gerichtliche Vorladung oder Haftbefehl ausgestellt von einem Gericht Allgemeingültiger Rechtsprechung einem Kirchen- oder Regierungsbeamten ausgehändigt werden muss, so wird der Sheriff am Gericht zuerst eine Kopie an die lokale Polizeibehörde senden, begleitet mit einem Vermerk zur verpflichtenden Beihilfe, welche somit die Polizeibeamten unter der Gerichtsbarkeit des Allgemeingültigen Gesetzes stellt. (*siehe Gerichtsdokumente, Anhang B*) Als Konsequenz müssen die Polizeibeamten sich ihrer Pflicht fügen, den Sheriff unterstützen und den gleichen Eid zur Amtsausübung ablegen wie der Sheriff auch.

Sollten diejenigen, welche eine solche Anordnung mit Vermerk erhalten haben den Erhalt leugnen, in Frage stellen oder eine Vereidigung verweigern, wird ihnen befohlen, von ihren Ämtern zurückzutreten und den Sheriff bei der Ausübung seiner Pflicht nicht zu behindern. Erklären sie sich mit der Verfügung einverstanden entweder direkt oder stillschweigend oder durch Nichteinmischung, so handeln diese **angeblichen staatlichen Mitarbeiter** in stillschweigendem Einverständnis mit dem Vorgehen festgesetzt durch das Allgemeingültige Gesetz.

Dies ist der Moment - eben diese Konfrontation zwischen dem Sheriff am Gericht und den Polizeibeamten des Zivilschutzes. Denn es ist eine Gelegenheit für die Menschen, direkt zu erfahren, dass jene Polizeibeamten und Soldaten, das System repräsentieren, und nicht von der geltenden Autorität des Allgemeingültigen Gesetzes freigestellt sind und letztlich eine Wahl treffen müssen und entscheiden wem und was sie dienen wollen.

Wenn bei Gelegenheiten in Kanada und andernorts diese Taktik getestet wurde, so waren die Ergebnisse immer identisch: die Polizei zieht sich zurück und mischt sich nicht ein.

Es ist auch schon vorgekommen, dass weder die RCMP noch die Polizei von Vancouver sich bei den Anliegen von Demonstranten interveniert haben, wenn sie friedlich katholische oder protestantische Kirchen besetzten, welche für den Tod von zahllosen Indianischen Kindern verantwortlich sind. Einmal machte ein älterer Polizeibeamte die folgende Äußerung: "Wenn die Kirche solche Verbrechen begangen hat, dann bin ich durch Vereidigung verpflichtet zu helfen, damit die Schuldigen verhaftet werden!"

Durch Friedensbeamte, die dem Allgemeingültigen Gesetz folgen, gewinnt die Menschheit seine Macht wieder.

Kurz gesagt; das Allgemeingültige Gesetz ist der Samen von fundamentaler sozialer und politischer Transformation und nicht einfach eine Waffe der Unterdrückten. Zur Verhaftung von Bürgern

Das Recht und die Notwendigkeit, verdächtige Männer und Frauen, die nachweisbar Verbrecher sind, verhaften zu dürfen, ist ein Recht, das sowohl das Allgemeingültige Gesetz und das Zivilgesetz anerkennen.

Zum Beispiel; wie schon im Wortlaut eines kürzlich erlassenen Gesetzes in Kanada erwähnt (*The Citizen's Arrest and Self-defense Act/2012 - Die Verhaftung des Bürgers und der Erlass zur Selbstverteidigung/2012*) wurde das Recht des Bürgers, im Alleingang Verhaftungen durchzuführen sowie Verdächtige festzunehmen sogar ausgeweitet und erstreckt sich jetzt nicht nur auf Männer und Frauen, die nachweislich die Gemeinde bedrohen oder anderen schaden, sondern auch auf jeden, der eines Verbrechens verdächtigt wird sowie auf solche, welche als Täter bekannt sind.

Gemäß dem gleichen allgemeingültigen Usus von *pro toto posse suo* (siehe oben), welches jede Gruppe von Erwachsenen dazu ermächtigt, sich zu scharen und denjenigen, die Schaden zufügen, Einhalt zu gebieten, ist das Recht hinsichtlich der Verhaftung eines Bürgers weder eingeschränkt noch wird dieses Recht durch irgendeine höhere Autorität aberkannt, denn man erkennt an, dass jede Frau und jeder Mann mit der angeborenen Kompetenz ausgestattet ist, widerrechtliches Handeln in ihrer Gemeinde zu erkennen und dieses Handeln sofort zu neutralisieren.

Die Schritte, welche zu der Verhaftung eines Bürgers führen, sind wie folgt:

1. Man muss zuerst als Zeuge einem Verbrechen beigewohnt haben oder einen als Verbrecher Verdächtigen oder bekannten Verbrecher erkennen oder zumindest einen gerechtfertigten Verdacht hegen, dass solche Personen für andere eine Gefahr darstellen. Ein solcher Verdacht muss sich auf eine wahrscheinliche Ursache gründen und nicht einfach ein "Gefühl" sein, das man hat oder sich auf Vorurteile gründen, die man gegenüber einem Mann oder Frau hegt.

2. Man muss dann als nächstes, den Verdächtigen oder Täter davon in Kenntnis setzen, dass er/sie verhaftet werden aufgrund des Rechts auf Selbstverteidigung, welche den Haftbefehl ausführende Akteure dazu verpflichtet, den Verdächtigen oder Täter festzunehmen. Dieser Akteur muss auch Auskunft über sich selbst geben, sagen wer er ist und warum er die Machtbefugnis der Verhaftungsmöglichkeit eines Anderen wahrnimmt sowie die Ursache ihrer Handlung offenlegen.

3. Der Täter oder Verdächtiger muss daraufhin verhaftet werden und zur Verhandlung einem Gericht Allgemeingültiger Rechtsprechung vorgeführt werden, wenn sich herausstellt, dass er ein Verbrechen verübt hat oder für andere eine Gefahr darstellt. Die Gewalt, die bei einer Verhaftung zuweilen notwendig wird, muss proportional dem Verhalten des Verdächtigen entsprechen. Die Bürger können normalerweise die Verhafteten einem autorisierten Friedensbeamten an einem Gerichtshof Allgemeingültiger Rechtsprechung übergeben oder dem Sheriff am Gericht. Die Männer und Frauen, welche die Verhaftung durchführten, müssen sich bereit erklären, vor Gericht zu erscheinen und unter Eid über ihre Handlung Aussagen zu machen.

Was die Machtbefugnis zur Verhaftung eines Mitbürgers im Kern so wichtig macht ist, dass sie Bürger ermächtigt und anleitet Verantwortung für den polizeilichen Schutz ihrer Gemeinde und für das Gesetz selbst zu übernehmen.

Weitreichende Konsequenzen durch ein Gerichtshof Allgemeingültiger Rechtsprechung: die Welt wird neugeboren

Dass das Volk selbst historisch gesehen über "unberührbare" Herrscher sowie Päbste und Staatsoberhäupter zu Gericht sitzt, und zu einem vollstreckbaren Urteil wegen ihrer Verbrechen gelangt, ist ein transformativer Akt. Eine solche Transformation nahm ihren Anfang mit dem Urteil vom 25. Februar 2013, gefällt durch den Internationalen Justizgerichtshof für Allgemeingültige Rechtsprechung.

Wir können uns nicht vor den tiefwurzelnden Konsequenzen zurückscheuen, noch diese Konsequenzen leugnen, welche durch einen solchen notwendigen und historischen Vorstoß sich entfalten. Vielmehr müssen wir erkennen, dass diese neue Gerichtsbarkeit, die wir in den Händen halten uns eher durch ein Tor führt zu einer transformierten Welt, in der die Erde, ihr Reichtum und die Gesellschaft vollständig von allen Völkern zurückgefordert wird und in Einklang mit Natürlicher Gerechtigkeit gebracht wird, mittels einer großangelegten sozialen Nivellierung.

Das Ziel des Allgemeingültigen Gesetzes ist die Wiedereinführung direkter Beziehungen gegenseitiger Hilfe unter den Menschen, indem es die Gerechtigkeit und das Gesetz wieder in ihre Reichweite bringt und diese Devolution der Macht wird gleichzeitig die Auflösung aller hierarchischen Strukturen innerhalb eines Staates, eines Unternehmens und einer Kirche als Folge nach sich ziehen, welche in das menschliche Leben autoritär vermittelnd und kontrollierend eingreifen.

Ein Prozess von solch tiefgreifendem und transformativen Ausmaß kann nur von unten her durch viele Menschen verwirklicht werden, welche erneut die Bedeutung von Freiheit verstanden haben und diese Freiheit dazu benutzen, in ihren Gemeinden aktiv sich selbst zu regieren, indem sie selbst zu ihrem eigenen Richter, Geschworenengericht und Polizei werden. Aus diesem gut beackerten

Boden wird eines Tages eine große Ernte kommen in der Form von neuen und lokalen Republiken von Gleichgestellten, die mit sich selbst und allem Erschaffenen in Einklang leben. Das Allgemeingültige Gesetz fungiert als Katalysator und Mittel zur Erreichung dieses politischen und spirituellen Zieles.

Denn wir wurden als Sklaven erzogen, um gemäß Gesetzen zu denken und zu funktionieren, welche nur den wenig Herrschenden dienen. Alles muss neu erdacht und versucht werden gemäß den zwei großen Prinzipien, auf die sich das Natürliche Gesetz stützt: *Alles, was existiert wurde zum Allgemeinwohl aller geschaffen*; und daher *wird das Gesetz keinem einzelnen schaden*.

An unseren Prinzipien halten wir uns unbeirrbar fest, aber unsere Methoden und Taktiken sind flexibel. Wir müssen verwegener immer neue Wege suchen, die verbrecherischen Institutionen und Korporationen, welche unseren Planeten, unsere Kinder und unsere heilig geltenden Freiheiten töten, zu entblößen, anzuklagen und nach Common Law zu behandeln. Und gemeinsam müssen wir aus jedem Fehler und jeder Niederlage lernen und die Siege und die Weisheit, die wir während dieses Prozesses gewinnen, zu eindeutigen Präzedenzfällen erheben während dieses **Prozesses** der Versöhnung.

Das Bewusstsein, mit dem wir geboren wurden, dient uns als Licht während dieser Reise sowie der ehrwürdige Nachlass des Natürlichen Gesetzes und Vernunft Begabtheit, die uns mitgegeben wurde, damit eine freie und unabhängig gewordene Menschheit niemals auf der Erde verenden möge. Gewappnet mit dieser Wahrheit, diesem Wissen und heiliger Zielgerichtetheit – schreitet voran und handelt! Ihr habt eine ganze Welt zurückzugewinnen.

Das Gesetz ist das öffentliche Bewusstsein. Und das Allgemeingültige Gesetz ist nichts anderes als gesunder Menschenverstand. Sir Edward Coke, 1622

Anhang

A. Quellen und Ressourcen

Bouvier's Law Dictionary , von John Bouvier, (1856) Legal Maxims , by Broom and Bouvier, (1856) A Dictionary of Law , by William C. Anderson, (1893) Black's Law Dictionary, by Henry Campbell Black, (3rd, 4th, 5th and 6th editions, 1993-1990), Maxims of Law , by Charles A. Weisman, (1990) Siehe auch: O.W.Holmes, *The Common Law*,(1881; new ed., ed. by M. DeWolfe Howe, 1963, repr. 1968); T.F.Plucknett, *Concise History of the Common Law* (5th ed. 1956); H. Potter, *Historical Introduction to English Law and its Institutions*, (4th ed. 1958); A.R.Hogue, *Origins of the Common Law*, (1966); R.C.van Caenegem, *The Birth of the English Common Law*, (1973); J.H.Baker, *The Legal Profession and the Common Law*, (1986); R.L. Abel and P.S.C.Lewis, ed., *The Common Law World* (1988).

Weitere Veröffentlichungen zu Aspekten des Internationalen Justizgerichtshof für Allgemeingültige Rechtsprechung, seine Vorgehensweisen und Prinzipien werden in Kürze erscheinen, herausgegeben vom Rechtsberatungsvorstand des ICLCJ.

**B. Vorlagen von Dokumenten, die in einem Gerichtshof Allgemeingültiger
Rechtsprechung zur Anwendung kommen:**

1. **Bekanntmachung eines Rechtsanspruchs** - eine öffentliche Mitteilung ist erforderlich, damit ein lokales Gericht Allgemeingültiger Rechtsprechung einberufen werden kann.

Öffentliche Bekanntmachung eines Rechtsanspruchs

Ausgestellt von in der Gemeinde von.....

am.....

Ich....., teile hiermit öffentlich meinen persönlichen Rechtsanspruch und meine rechtliche Bittstellung mit, um ein Gericht Allgemeingültiger Rechtsprechung einzuberufen; ein Recht, das mir als freier Mensch aus Fleisch und Blut zusteht; gleichzeitig bitte ich um den Beistand aller fähigen Männer und Frauen, damit diesem meinem gesetzlichen Recht genüge getan wird.

Außerdem, Kraft meines persönlichen Rechtsanspruchs und der damit verbundenen Bitte teile ich öffentlich mit, dass es mein Begehren ist, dass als Bestandteil eines solchen Gerichts, ein Geschworenengericht gebildet werde, bestehend aus zwölf mir gleichgestellten Männern und Frauen, welche die Aufgabe haben, einen Fall zu beurteilen, welcher das Allgemeinwohl, die Rechte und Sicherheit von mir selbst und meiner Gemeinde betrifft - der Fall wird wie folgt beschrieben:

(Darstellung des Falls, Erklärung des Anspruchs und Beteiligte namentlich genannt)

Weiterhin erkläre ich in diesem öffentlichen Antrag, dass besagte, mir gleichgestellte Geschworene versichern, dass sie über die gerichtliche Kompetenz verfügen, um diesen Fall zu beurteilen, sowie ein Urteil und Strafmaß innerhalb dieses Gerichts Allgemeingültiger Rechtsprechung, das zu diesem Zweck einberufen wird, fällen können

- ein Urteil, das sich auf unumstößliches Beweismaterial vorgetragen vor diesem Gericht gründet.

Hiermit bitte und ersuche ich die Unterstützung meiner Gemeinde, damit dieses Gericht Allgemeingültiger Rechtsprechung sowie ein Geschworenengericht bestehend aus zwölf Männern und Frauen zustande kommen möge, vereidigt in dieser Funktion für die Dauer des Gerichtsverfahrens so wie das Natürliche Gesetz dies vorgibt und die Richtlinien zur Beweisvorführung und Einhaltung eines ordentlichen Verfahrens es verlangen.

Ich beantrage diesen Rechtsanspruch aus freien Stücken, frei von jeglicher Nötigung oder verborgener Motive für die Gerechtigkeit und im Interesse des allgemeinen Wohlergehens.

Antragsteller

(Zeuge)

Datum

2. Bekanntmachung zur Ernennung von Hilfssheriffs ausgestellt von Sheriffs am Gericht - gerichtet an andere Friedensbeamten

Bekanntmachung und Befugnis zur Stellvertreterernennung

*verfügt Kraft der Autorität des Amts vom Sheriff dem Gerichtshof
Allgemeingültiger Rechtsprechung angegliedert sowie in Anerkennung der
Gerichtsbarkeit des Natürlichen Gesetzes und geltendes Völkerrecht*

An alle Friedensbeamten sowie Beamten beauftragt Gesetze und Statuten zu vollstrecken:

Diese öffentliche Bekanntmachung erlassen vom Justizgerichtshof für Allgemeingültige Rechtsprechung ist eine gesetzliche Verfügung und stellt Sie unter der Gerichtsbarkeit des Gerichts und des Natürlichen Gesetzes. Es wird hierin verfügt, dass Sie zu stellvertretenden Beamten im Dienste des Gerichts ernannt werden.

Nach Leistung des vom Gerichtsamt formulierten Eides (*siehe unten*) sind Sie ermächtigt als gesetzliche Vertreter im Dienste des Gerichts und seiner Verfahren vorzugehen, Dekrete, Verfügungen, Vorladungen, Gerichtsanordnungen bei jeder vom Gericht genannten Person oder Korporation zur Anwendung zu bringen.

Sollten Sie sich entschließen, diesen Amtseid nicht zu leisten, sind Sie durch das Gericht und das Natürliche Gesetz verpflichtet, bei Handlungen von anderen in ihrer Funktion als stellvertretende und ermächtigte Beamten im Dienste des Gerichts sich vor jeder Einmischung zurückzuhalten.

Sollten Sie sich dem Gerichtsverfahren oder den Handlungen der Gerichtsbeamten widersetzen, diese stören oder behindern, so kann und wird dies als krimineller Tatbestand und Justizbehinderung eine Anklage zur Folge haben.

Erlassen am..... in der Gemeinde von durch den in der Unterschrift genannten gesetzlichen Stellvertreter oder vereidigten Friedensbeamten oder Sheriff am Justizgerichtshof für Allgemeingültige Rechtsprechung.

(Unterschrift)

(Siegel des Gerichts)

Eid des Amtsgerichts im Dienste des Gerichtshofes
für Allgemeingültige Rechtsprechung

Jedem vereidigten Stellvertreter im Dienste des Gerichts oder allen Personen oder Beamten durch das Gericht oder den Sheriff am Gericht, zur Vollstreckung des Gesetzes ernannt, vorzulegen.

Ich....., in Besonnenheit und reinen Gewissens schwöre hiermit, dass ich in Treue und gerecht meine Amtspflicht als Stellvertreter des Justizgerichtshof für Allgemeingültige Rechtsprechung nach besten Wissen und Gewissen erfüllen werde. Ich bin mir bewusst, sollte ich in Erfüllung meiner Pflicht scheitern oder das in mir durch diese Amtsübernahme gelegte Vertrauen und Verantwortung missbrauchen, büße ich das Recht auf diese Position ein und kann entlassen werden. Ich leiste diesen feierlichen Eid aus freien Stücken, ohne Nötigung, oder Vorbehalte, auch hege ich keinerlei verborgene Motive. Ich leiste diesen Eid im Bewusstsein eines freien Menschen und als Bürger, der Autorität und Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs für Allgemeingültige Rechtsprechung unterstellt.

(Unterschrift)

(Datum und Siegel des Gerichts)

3. Dokumente des ersten Falles, verhandelt vor dem Internationalen Justizgerichtshof für Allgemeingültige Rechtsprechung, Nummer im Urteilsregister 022513-001, in der Sache des Volkes gegen Joseph Ratzinger, Elisabeth Windsor et. Al. (Völkermord in Kanada)

Siehe angefügt Video- und Schriftdokumente sowie www.itccs.org/ICLCJ

C. Strategien und Taktiken: Vierzig Schlüssellehren von Sun Tzu

1. Wer das Geschick der Kriegsführung beherrscht, befiehlt und wird nicht befohlen
2. Wer es versteht, den Feind zu bewegen, gestaltet, und der Feind muss sich anpassen, man macht ein Angebot, und der Feind muss annehmen.
3. Entwerfe das Schlachtfeld zu Deinen Gunsten, bevor Du gegen den Feind in die Schlacht ziehst. Danach gestalte das Gelände durch Taktiken, die der Denkart und Handlungsweise des Feindes entsprechen, so dass er getäuscht werde. Auf diese Weise gestaltest Du den Sieg vor der Schlacht, da Du Dich auf Terrain bewegst, wo eine Niederlage nicht greifen kann.
4. Der Sieg wird nicht durch die physische Zerstörung des Feindes errungen, sondern durch Demoralisierung, welche durch Manövrieren erreicht wird. Hüte Dich davor, erfolgreiche Manöver wiederholt beim gleichen Feind anzuwenden, denn er wird daraus klug und sich Deinen Taktiken anpassen.
5. Krieg ist lediglich ein Mittel, das einen politischen Zweck verfolgt, aber kein Zweck an sich.
6. Sich selbst und den Feind kennen - bei jeder Schlacht ist die Gefahr gebannt. Falsche Einschätzung des Feindes, aber richtige Selbsteinschätzung: für jeden Sieg eine Niederlage. Den Feind verkennen und sich selbst: bei jeder Schlacht ist die Niederlage gewiss.
7. Durch Verteidigung büßt man Souveränität ein. Angriff führt zu Selbststeigerung.

8. Die siegreiche Armee ist siegreich bevor sie in die Schlacht zieht. Die besiegte Armee zieht zuerst in die Schlacht und sucht später den Sieg.

9. Raschheit ist die Norm der Kriegsführung. Durch rasches Handeln kann alles im richtigen Moment gewonnen werden, oder ohne es verloren gehen.

10. Kämpfe gegen den Feind nur dann, wenn ein Standort kritisch ist; wechsle den Standort nur dann, wenn Gewinn in Aussicht ist.

11. Agiere nicht auf dem Terrain, das vom Feind vorbereitet wurde. Stattdessen gestalte sein Terrain. So bleibt dem Feind nichts anderes übrig als von Dir geführt zu werden im Glauben, dass dies sein eigener Plan ist. Dies nennt man Geschicklichkeit.

12. Halte den Zeitpunkt der Schlacht vor dem Feind geheim und das, was er am meisten liebt und hegt, sei Dein erstes Angriffsziel. Wenn dicht in seiner Nähe, täusche Ferne vor, wenn tüchtig, täusche Untüchtigkeit vor; auf diese Weise wirst Du ihn verwirren.

13. Was Deine Pläne betrifft, so lass den Feind immer ins tiefste Dunkel tappen; dann wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlage zu. Vor dem ungeahnten Angriff täusche Schwäche vor und biete dem Feind einen Waffenstillstand an, um seine Verteidigung einzulullen. Ein unerwarteter Angriff macht stets die überlegene Kraft des Feindes zunichte.

14. Wenn ich den Kampf nicht wünsche, markiere ich eine Verteidigungslinie in den Boden und so kann der Feind mich nicht herausfordern. Ich habe ihn fehlgeleitet.

15. Erwidere auf Aggression indem Du Raum schaffst, so dass Du die Handlungen des Gegners kontrollieren kannst. Widerstehe und das bewirkt, dass der Gegner sich aufbläht. Schaff Raum für den Gegner und er wird sich auflösen.

16. Wenn ich wenig in der Zahl bin und der Feind ist in der Überzahl, so kann ich die wenigen dazu benutzen, die vielen anzugreifen, weil diejenigen, gegen welche ich kämpfe, eingeschränkt sind.

17. Benutze Ordnung, um dem Chaos zu harren. Benutze Stille, um dem Gezeter zu harren. Im richtigen Moment ist ein Nichtreagieren das geschickteste Handeln. Dies nennt man Ausgewogenheit zwischen Herz und Verstand.

18. Es ist nicht notwendig, Deine Kraft anzuwenden. Stattdessen ruhe im Wissen Deines Autark Seins.

19. Jeder weise Befehlshaber handelt immer vom Terrain aus, das seine eigene Stärke ausmacht. Diese Stärke besteht allein in der Vollkommenheit seines Seins. Er akzeptiert seine Natur und bleibt sich selbst. Dies hat zur Folge, dass er klar unterscheiden kann. Das klare Denken und der Wille des Befehlshabers gestalten das Terrain, auf dem sich seine ganze Armee bewegt. Klarheit des Denkens wurzelt in einem ehrlichen und demütigen Herzen.

20. Der Befehlshaber sollte niemals zweideutige Anweisungen erteilen.

21. Der siegreiche Befehlshaber wird nicht siegreich durch die Eroberung des Gegners, sondern dadurch dass er eine umfassendere Perspektive der Lage schafft, welche die Integration beider Seiten ermöglicht. Sei Deinem Gegner denkerisch, nicht kämpferisch überlegen.

22. Es ist ratsam, stets die genaue Absicht des Gegners zu erkennen. Wahre Kenntnis über den Gegner erwächst durch aktiven Kontakt. Provoziere ihn, so dass er seine wahre Absicht enthüllen möge, und wahrer Charakter und Reaktionen offengelegt werden. Stichel ihn und wisse dadurch die Schritte, die er nehmen wird. Prüfe ihn und erkenne so seine Stärken und Schwächen.

23. Es ist möglich, den Feind ohne Schlacht zu unterwerfen, wenn man einmal die Beziehungen und Umstände, welche seine Machtposition definieren, verstanden hat. Diese Fähigkeit der Auffassungsgabe übertrifft einhundert Siege in der Schlacht.

24. Macht findet sich nicht in solide Materie, sondern in dem unaufhörlichen Fluss von Beziehungen, welche nie erstarren. Die Fähigkeit des Eichhörnchens auf einem Holzast einen Fluss überqueren zu können, liegt weder im Eichhörnchen noch in dem Holzast begründet, sondern in der momentanen Verbindung der Beiden. Es ist diese Verbindung, welche ihre Macht ausmacht.

25. Um fähig zu sein, die Macht des Feindes zu verstehen, muss man formlos sein wie Wasser. Wasser fließt von oben nach unten; die Truppenbewegungen Deiner Armee sind flüssig in der Definierung, da sie sich nach der momentanen Truppenaufstellung des Feindes richten. Daher ist Deine Macht nie konstant und stets ohne permanente Form, um so die Macht des Feindes widerzuspiegeln und fassen zu können.

26. Bestärke niemals weder den Irrtum noch die Niederlage, sondern lasse zu, dass Dein Verständnis bei jeder neuen Erfahrung im Fluss bleibt. Für eine Armee, die sich wie Wasser verhält, ist der Ausgang niemals endgültig vorherbestimmt.

27. Der Vorteil ohne permanente Form zu sein und flüssig im Vorgehen und in der Taktik zwingt den Gegner dazu, ständig und in jedem Augenblick in Verteidigungsposition zu sein. Dies frisst ihn auf und schwächt ihn; er bleibt in Ungewissheit über Deine Absichten, während er gezwungen wird, Dir seine Umstände zu entblößen.

28. Es ist dieses "ohne-Form-sein", durch das man den stärksten Feind zu Boden formen kann - einen Boden, den man für ihn ausgesucht hat zu den Bedingungen, die Du als Sieger festsetzt. Jedoch ohne vorher sich über den Boden selbst kundig gemacht zu haben, ist nichts von alledem möglich.

29. Feindliches Terrain schärft den Blick. Abgeschnitten von den Heimvorräten nährst Du Dich vom Feind. Versorgerouten dieser Art können nicht durchschnitten werden. Benutze die Bedrohung, die Dich umgibt, um geeint den Feind entgegenzutreten und um die Armee aufrechtzuerhalten.

30. Stelle Deine Soldaten dort auf, wo kein Zurück mehr möglich ist. Im Angesicht des Todes entwickeln sie ungeahnte Stärke und können nicht in die Flucht geschlagen werden. Wenn es kein Zurück mehr gibt, stehen sie ihren Mann und kämpfen.

31. Unter extremen Bedingungen reagieren Deine Truppen auf solche Umstände aus einer tiefvergrabenen inneren Stärke. Militärische Übungen und Befehle können diese Stärke niemals in einem Soldaten mobilisieren. Extreme Umstände jedoch rufen diese Stärke automatisch wach; Umstände, die keiner gewollt hat, mit denen er sich aber konfrontiert sieht; wenn die Umstände stimmen, so wird eine immense Kraft freigesetzt, eine Kraft so überwältigend und wozu die individuellen Teile nicht fähig wären.

32. Sollte der Feind hohes Terrain besetzen, so verwickle Dich in keinem Kampf mit ihm; sollte er von hohem Terrain aus einen Angriff starten, so stelle Dich ihm nicht entgegen.

33. Wenn der mächtigere Gegner sich eine Pause gönnt, obwohl er im Vorteil ist, so ist er müde. Wenn innerhalb der eigenen Reihen Abtrünnige erscheinen, so sind sie verschreckt. Wenn der Befehlshaber wiederholt beschwichtigende Worte an seine Armee richtet, so hat er seine Macht verloren. Eine Zunahme an Züchtigung ist ein Zeichen für Panik. Häufige Bestechung und Belohnung bedeutet, dass der Feind den Rückzug sucht.

34. Sichere Dir die Treue Deiner Armee durch Taten. Übe keine Macht durch Worte aus.

35. Fordere den Feind heraus indem Dein Vorgehen seinen Erwartungen entspricht, so dass was Du ihm erlaubst wahrzunehmen, seine eigene Projektion bestätigt sich. Auf diese Weise bewegt sich der Feind innerhalb des Terrains voraussagbarer Handlungsweisen und ist von Deinen Plänen abgelenkt, während Du ruhig den außergewöhnlichen Moment abwarten kannst: den Moment, welchen der Feind weder vorhersehen kann, noch sich darauf vorbereiten kann. Nutze das Außergewöhnliche um den Sieg zu erringen.

36. Sei auf diese Weise für den Feind unsichtbar und undurchschaubar. Um somit formlos zu sein, sei am Anfang in allem so unauffällig durchschnittlich, dass nichts bleibt, was Dich verraten könnte. Dann sei so außergewöhnlich, dass keine Deiner Handlungen oder Absichten voraussagbar sind.

37. Daher bei der Kriegsführung, benutze die direkte Attacke, um den Feind herauszufordern und die indirekte Attacke, um zu siegen.

38. Lass Dich von den Unzulänglichkeiten des Feindes tragen. Schreite auf nicht voraussagbare Pfade. Schlag dort zu, wo der Feind keine Vorsichtsmaßnahmen getroffen hat, und weiche aus, wo Du dies wahrnimmst.

39. Suche nicht die Konfrontation mit dem Feind in seiner Stärke, sondern dort, wo er Schwächen hat. Ergreife etwas, woran das Herz des Feindes hängt - so schwindet seine Stärke und wird nutzlos; der Feind muss innehalten, um reagieren zu können. Ebenso verhält es sich umgekehrt: was immer Du liebst, macht Dich verletzbar. Sei bereit, es preiszugeben.

40. Und auf diese Weise vorbereitet - dem Unerwartetem harrend - das ist Sieg. Daher sagt man: "Den Sieg kann man erkennen, nicht erschaffen."

In Zusammenfassung:

Erkenne den Feind und erkenne Dich selbst

- Unterwerfe den Feind, ohne zu kämpfen

- Meide das Starke, das Schwache greife an

Diese drei bedeutsamen Prinzipien sind miteinander verflochten wie ein schmückender Haar Zopf.

.....

Es gilt für alle nur ein Gesetz, nämlich das Gesetz, das über alle Gesetze regiert, das Gesetz unseres Schöpfers, das Gesetz der Menschheit, der Gerechtigkeit und Billigkeit.

Dies ist das Gesetz der Natur und aller Völker.

Edmund Burke, 1780

.....

**Um Video- und Schriftdokumente dieses Handbuchs zum Gerichtshof
Allgemeingültiger Rechtsprechung zu erhalten, schreiben Sie an:**

itccscentral@gmail.com Spenden für dieses Material können über das ITCCS
Paypal System getätigt werden: www.itccs.org

Die Rechte auf dieses Handbuch liegen beim Internationalen Tribunal für
Verbrechen durch Kirche und Staat in Brüssel.

Es wird die Erlaubnis gestattet, dieses Handbuch zu reproduzieren, zu benutzen
sowie dieses Handbuch als Ganzes oder in Teilen für ausschließlich nicht-
kommerzielle Zwecke zu zitieren.

Urheberrecht ITCCS2013

Siehe Beweismaterial zum Völkermord in Kanada und weitere Verbrechen gegen
Unschuldige unter: www.hiddenolonger.com sowie auf der Webseite des
Internationalen Tribunal für Verbrechen durch Kirche und Staat unter:
www.itccs.org und www.itccs.tv

Eine internationale multilinguale ITCCS-Webseite findet man unter:
<http://kevinannettinternational.blogspot.fr/>

Eine vollständige Zusammentragung des Materials zu den Verfahren des
Gerichtshofs für Allgemeingültige Rechtsprechung im Fall des Völkermords in
Kanada findet man unter:
<https://www.youtube.com/watch?v=UvhfXAdo8TE> - Verfahren des Gerichtshofs
Allgemeingültiger Rechtsprechung - Völkermord in Kanada (Teil1) - 1Std. 46 min.

https://www.youtube.com/watch?v=OPKFk_L7y9g - Verfahren des Gerichtshofs für Allgemeingültige Rechtsprechung- Völkermord in Kanada (Teil2) -1Std. 47 min.

<https://www.youtube.com/watch?v=ormOIIoi4Vc> - Endgültiges Gerichtsurteil und Strafzumessung - 8min. 30 sek.

<http://www.youtube.com/watch?v=lylfBxm3sMg> - Autorisierungen und Strafvermerke des ITCCS/Kevin Annett - indigene Augenzeugenberichte - 10 mins.

Das ITCCS-Team